

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

3.5.1906 (No. 148)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 3. Mai.

№ 148.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Pettizelle oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Überlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

Die französische Marine.

Die Verhandlungen über den Marineetat in der französischen Deputiertenkammer haben wichtige Reformen im gesamten Marineartilleriewesen zur Sprache gebracht, die jedoch aus den knappen Berichten der Presse weder allgemein verständlich, noch erschöpfend erscheinen, sondern erst durch die notwendigen Erläuterungen und Zusätze, wie sie in nachstehender Darstellung unser militärischer Mitarbeiter gibt, ihre große Bedeutung erkennen lassen.

Zu sehr interessanter und übersichtlicher Weise hat M. Thomson zunächst das große Gebiet der Geschosfrage behandelt, wobei er davon ausgegangen ist, daß auch die Erhöhung der Geschosentfernung eine Aenderung der Geschosart als notwendige Folge mit sich gebracht habe. Der russisch-japanische Krieg habe in bezug auf die Wirkung der Geschosse gelehrt, daß die Schiffe weniger von dem Durchschlagen ihrer starken Panzerung, als von den durch die Geschosplitter verursachten Verletzungen gelitten hätten. Aus dem ganzen Kriege und selbst aus der Tschimadatschi sei nicht ein einziges Beispiel bekannt geworden, daß die Panzergranaten den stärksten Panzer der Schiffe wirklich durchschlagen hätten. Dagegen seien die russischen Schiffe durch die Halbpanzergranate der Japaner zum Kentern gebracht worden. Die Halbpanzergranate sei geschaffen worden, als im Laufe der Jahre verurteilt worden sei, die Schiffswände immer höher mit einem verhältnismäßig dünnen Panzer zu schützen, der das Kentern infolge einer Durchbrechung der Schiffswand umweit der Wasserlinie verhindern sollte, und es nun darauf angekommen sei, ein Geschos zur Hand zu haben, dessen Wände stark genug waren, um jenen dünnen Panzer zu durchschlagen und das außerdem noch eine wirkliche Sprengladung fassen konnte. Aus diesen Gründen strebe man jetzt bei der französischen Marine darnach, die Panzergranaten durch eine verbesserte Halbpanzergranate zu ersetzen, während die Gußeisengranate aus den Munitionsbeständen vollständig ausscheiden soll. Natürlich könne dieser Munitionsaustausch nicht auf einmal vorgenommen werden, denn gegenwärtig seien noch 196 000 Granaten, darunter etwa ein Viertel aus Gußeisen, vorhanden. Würde man diesen vierten Teil der Munition ohne weiteres bei Seite tun, so sei das nicht nur kostspielig, sondern es müsse auch in Betracht gezogen werden, daß etwa 14 Monate bis zu seinem Ersatz durch Halbpanzergranaten vergehen. Gegenwärtig sei man dabei, die neue Munition an die demnächst in Dienst tretenden Schiffe des Programms von 1900 auszuliefern, die anderen Schiffe würden nach und nach an die Reihe kommen.

Mit der Frage der Zweckmäßigkeit einer Einheitsgeschosart verband M. Thomson eine Erörterung über eine Erhöhung des Geschosgewichts, mit der man sich jetzt im Ausland besonders viel befaßt, während man sich in Frankreich bisher hauptsächlich nur mit der Steigerung der Anfangsgeschwindigkeit beschäftigt habe. Der Minister gab dazu zunächst die Erklärung ab, daß jetzt auch die französische Marine glaube, die erreichten Anfangsgeschwindigkeiten seien ausreichend, es müsse daher die zu erhoffende Verbesserung des Pulvers lediglich ausgenutzt werden, um das Geschosgewicht zu erhöhen. Eine derartige Maßnahme sei jedoch bisher allein beim 24-Zentimeter-Geschüs, Modell 1902, in Aussicht genommen. Ueber dieses Geschüßsystem, Modell 1902, der französischen Marine sind noch recht wenig Nachrichten in die Öffentlichkeit gedrungen. Die Geschüßrohre scheinen eine sehr große Länge, 50 Kaliber, erhalten zu sollen und dürften demnach auch recht schwer ausfallen. Die Fabrikation ist mit dem 194-Millimeter-Kaliber begonnen worden, von dem Ende 1904 etwa 50 Stück fertig waren. Vom 24-Zentimeter-Geschüs, Modell 1902, war Ende 1904 erst ein Proberohr fertig.

Der Minister ist alsdann auf die wichtige Frage der Einführung der Fernrohrvisiere bei der französischen Marine sehr ausführlich eingegangen und hat damit Angaben verbunden, die in allen bisherigen Veröffentlichungen über diese Diskussion leider ganz unberücksichtigt geblieben sind. Vor allen Dingen ist aus den Verhandlungen festzustellen, daß die Admiralität mehr durch allerhand äußere Umstände veranlaßt worden ist, als daß sie aus voller Ueberzeugung sich schon jetzt für die Beschaffung der neuen Fernrohrvisiere für die Marinegeschütze entschlossen hat. Es müßten daher noch mehrere Verbesserungen abgewartet werden, ehe die Lösung dieses interessanten Problems als abgeschlossen angesehen

werden könne. Große Schwierigkeiten macht auch die Anbringung der Fernrohre an den verschiedenen Lafetten. Es sollen die hierzu erforderlichen Arbeiten so umfangreich sein, daß bis jetzt nur die Schlachtschiffe „Sena“, „Suffren“, „Doutet“, „Carnot“ und „Massena“, sowie die Panzerkreuzer „Amiral Kube“, „Glorie“ und „Gambetta“ mit den neuen Instrumenten versehen werden konnten; weitere Ausrüstungen sollen bis zum 15. Mai d. J. erfolgen. Dabei handelt es sich aber bis jetzt nur um die Geschütze vom 194-Millimeter-Kaliber und aufwärts, die mit den Fernrohrvisieren ausgestattet worden sind, die Anbringung derselben auf den übrigen Kalibern soll frühestens Ende des Jahres beendet sein, wobei man hofft, schon für sie die zu erwartenden Verbollkommnungen benutzen zu können.

M. Thomson hat aber vor der Deputiertenkammer weiter ausgeführt, daß die Einführung der neuen Zielapparate, mit deren Hilfe es möglich sein werde, auf Entfernungen bis zu 7000 und 8000 Meter zu schießen, nicht allein eine Verbesserung für die Schiffsartillerie bedeuten würde, sondern daß dazu auch eine sorgfältige Kenntnis der Instrumente seitens der Geschützbedienungsmannschaft und viel Übung im Schießen auf große Entfernungen gehöre. Er erachte es daher für dringend geboten, daß den geschützbedienenden Schießübungen der Marine eine größere Ausdehnung durch Hinzufügen einer fünften Schußschießperiode gegeben werde, und daß im Zusammenhang damit die Übungsmunition in Zukunft in Fortfall kommen und ausschließlich durch Geschützladungen ersetzt werden müsse. Die Vorteile, die aus dieser wichtigen Maßnahme resultierten, würden sich sowohl in taktischer wie in materielle Hinsicht bemerkbar machen, indem einmal die Kanoniere ausschließlich an die Verhältnisse des Ernstfalles gewöhnt würden und andererseits „durch die schnelle Erneuerung der Munitionsvorräte ein Anammeln zu alten Pulvers, dessen Qualität oft verdächtig (suspecte) sei“, vermieden werden würde. Endlich solle bei dieser Bestimmung noch günstig ins Gewicht, daß im Mobilmachungsfall viel Zeit erspart werde. Denn bis jetzt hätten alle Schiffe bei Ausbruch eines Krieges nach dem nächstgelegenen Hafen zum Austausch ihrer Übungsmunition gegen die Geschützladungen fahren müssen, während sie nunmehr in dieser Hinsicht in jedem Augenblick durchaus kriegsmäßig ausgerüstet seien.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 1. Mai.

Abg. Kopsch (freis. Vp.) (fortfahrend): Die Statistik der Regierung ist nicht maßgebend. Nach eigenen Erhebungen der Gastwirte werden in den von Arbeitern besuchten kleinen Wirtschaften nur vier Pfennige an Löhnen verdient. Wesentlich höher ist der Verdienst der Lokale mit fremden Bierern. Die angebliche Mittelstandsfreundlichkeit von der Rechten beschuldigen die Wähler und Schlichter und nun die Gastwirte der Lebensmittelverteuerung. Die Wähler werden dafür sorgen, daß die Leute, die dieses Gesetz annehmen, nicht wieder in den Reichstag kommen.

Abg. v. Dollmar (Soz.) führt aus: Man behauptet, Süddeutschland werde unter dieser Steuer nicht leiden. Bayern hat allein 7 Millionen mehr an Ausgleichsbeträgen aufzubringen. Wir Sozialdemokraten bekämpfen von jeher den hohen bayerischen Ausgleich, Bayern hat die Staffelung seit Jahrzehnten. Gleichwohl gingen die kleinen Brauereien immer mehr zurück und die großen wuchsen immer mehr. Wie kann Beder-Hessen von gehobener wirtschaftlicher Lage des Arbeiterstandes reden, nachdem seine Freunde seit Jahren dafür sorgten, daß eine allgemeine Teuerung eintrat, besonders durch die Annahme der Zollvorlage?

Staatssekretär Frhr. v. Stengel erklärt, Bayern habe nicht 7, sondern auf Grund der Regierungsvorlage 6 und auf Grund der Kommissionsbeschlüsse nur 3 Millionen Ausgleichsbeträge zu leisten. Keinesfalls würde Bayern von der Ablehnung der Steuer einen Profit haben, denn dann kämen höhere Matrikularbeiträge.

Abg. Sped (Zentr.) erklärt, von einem Kompromiß bezüglich der Reichsfinanzreform könne keine Rede sein, sein Antrag gefäße die Reichsfinanzreform nicht, sichere vielmehr ihre Annahme und eine Müdigkeitslinie für die Freunde der Steuererhöhung, denen die Kommissionsfäße zu hoch seien. Ein Teil der Mitunterzeichneten werde zunächst für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Der Mißerfolg der Staffelung in Bayern liege an der zu geringen Spannung in der Staffelung.

Abg. Schmalfeld (Soz.) bekämpft die Vorlage. Die Steuer werde sicherlich auf die Gastwirte abgewälzt werden.

Damit schließt die Debatte über den § 3a. Nach persönlichen Bemerkungen erfolgt namentliche Abstimmung. Der erste Ab-

(Mit einer Beilage und einer Landtagsbeilage.)

schnitt des § 3a, der die Steuerfäße enthält, wird mit 146 gegen 113 Stimmen, bei vier Stimmenthaltungen angenommen. Durch den gefäßen Beschluß ist der Antrag Sped auf anderweitige Staffelung abgelehnt.

Das Haus berät sodann den § 1, der das Surrogatverbot für untergärtige Biere und die Zulassung von Rohrzucker, Rübenzucker u. a. für obergärtige Biere enthält. Die Sozialdemokraten beantragen, daß der dem obergärtigen Bier nach Abschluß des Brauverfahrens zugesetzte Zucker nicht der Brauereier unterliegen soll.

Abg. Radnide (freis. Vp.) regt genauere Bestimmungen über das Gestatten der Materialien, namentlich für die Malzbierebereitung, an.

Abg. Südetum (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag, der die alkoholarmsen obergärtigen Bier erzeugenden Brauereien gegen die Besteuerung des Zuckers schützen soll.

Director im Reichsschatzamt Kühn hält dem Antrage Kontrollschwierigkeiten entgegen.

Abg. Gamp (Reichsp.) begrüßt den Antrag.

Das Haus nimmt sodann den § 1 (Surrogatverbot usw.) an und ferner den § 1a, wonach die Brauereier vom verordneten Malz bzw. Zucker erhoben wird. Angenommen wird hierzu der sozialdemokratische Antrag mit einem Zusatz Gamps und darnach eine Reihe weiterer Paragraphen.

Ein Antrag Patzig, wonach die Brauer vor der Einnahme nicht eine Stunde, sondern nur eine halbe Stunde auf die Ankunft des Steuerbeamten zu warten brauchen, wird gleichfalls angenommen. Der Rest des Artikel 1, betreffend die Strafbestimmungen, wird debattelos genehmigt. Artikel 2, der die Erhöhung des Brauzolles von 6 auf 8 M. vorsieht, wird in der Kommissionsfassung, die eine Erhöhung von 6 auf 7,20 M. vorsieht, angenommen, ebenso debattelos Artikel 3. Damit ist die zweite Lesung der Brauereiervorlage beendet.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage, betreffend die Aenderung des Tabaksteuergesetzes. Die Vorlage wird, entsprechend dem Kommissionsantrag, debattelos abgelehnt. Morgen 1 Uhr: Toleranzantrag.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 2. Mai.

Präsident Graf Balkeström eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung steht die 2. Beratung des Toleranzantrages.

Abg. Beder (wirtsch. Vp.) und Genossen beantragen eine Resolution, wonach in den einzelnen Bundesstaaten die noch bestehenden Beschränkungen der Freiheit des Bekenntnisses usw. baldigst im Wege der Landesgesetzgebung beseitigt werden sollen. Ferner liegen zum Zentrumsantrag einige sozialdemokratische Änderungsanträge vor. Die freisinnige Volkspartei und die Volkspartei beantragen folgende Fassung des § 1: „Die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit ist innerhalb des Reiches jedem gewährleistet. Demnach steht die Freiheit des religiösen Bekenntnisses jedem Einwohner des Reiches zu. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig vom religiösen Bekenntnis.“ Ferner beantragen sie einen neuen Paragraphen 1a, wonach niemand seine Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft zu offenbaren braucht, oder vor Behörden darüber befragt werden darf, und sodann eine andere Fassung des § 4a betreffend den Religionsunterricht.

Abg. Gröber (Zentr.) betonte, daß entgegen dem Reichsrecht in den einzelnen Bundesstaaten noch Beschränkungen in der Freiheit der Religionsübung bestehen. Eine Befreiung sei nur durch reichsgesetzliche Regelung zu erzielen.

Abg. David (Soz.): Dem Zentrum gegenüber müsse die politische Tugend des Mißtrauens geübt werden. Der Begriff „religiöses Bekenntnis“ müsse im weitesten Sinne gefaßt werden, als Weltanschauung überhaupt. Wir nehmen den freisinnigen Antrag an, lehnen aber die Resolution Beder ab.

* Berlin, 1. Mai. Die Kommission des Reichstages zur Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Artikel 28 und 32 der Reichsverfassung, nahm mit 17 gegen 2 Stimmen den Antrag Arendt an, wonach den Abgeordneten freie Eisenbahnfahrt während der ganzen Legislaturperiode auf den deutschen Bahnen gewährt werden soll.

* Berlin, 2. Mai. Die Budgetkommission des Reichstages nahm bei Beratung des Militärpensionsgesetzes den § 10 des Mannschaftsgesetzes an, der die volle Rente für die Dauer voller Erwerbsunfähigkeit für Feldwebel auf 900 M., Sergeanten auf 720, Uneroffiziere auf 600 und Mannschaften auf 540 M. festsetzt. Ein höhere Sätze verlangender Antrag der Sozialdemokraten wurde abgelehnt.

Zum Ministerwechsel in Sachsen.

⊗ Dresden, 1. Mai.

„In dankbarer Anerkennung seines langjährigen treuen und ersprießlichen Wirkens“ hat der König Herr von Meißel Reichsbach seines Amtes als Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten entbunden. Als königlicher Hausminister wird Herr von Meißel noch weiterhin tätig sein. Der Nachfolger des Herrn von Meißel, Dr. Graf von Hohenthal und Bergen, übernimmt von seinem Vorgänger eine durchaus geregelte Verwaltung, wie verschieden auch das Urteil über den Politiker Meißel lauten mag, in der Anerkennung seiner Verwaltungstätigkeit sind auch seine Gegner einig. Sein Rücktritt kann billigerweise mit Gesundheitsrückfällen begründet werden, wenngleich die Strafszenen, die sich im vorigen Jahre vor seinem Ministerhotel abspielten, immerhin einen gewichtigen Anlaß gegeben haben mögen, seine bereits von König Georg erbetene Entlassung nunmehr von dessen Nachfolger mit größerer Bestimmtheit zu erbitten.

In die Amtszeit des Herrn von Meißel fällt die im Jahre 1896 erfolgte Abänderung des Wahlgesetzes. Auch solche Politiker, die damals eine intensive Einschränkung des Wahlrechts der Massen für durchaus geboten erachteten, haben sich inzwischen zu der Ansicht bekehrt, daß die Wahlrechtsänderung von 1896 ein großer Fehler war, unter dessen Wirkung die Wähler in scharf gesonderte Lager getrieben wurden. Herr von Meißel hat später erklart, daß die Wahlrechtsänderung kein politisches Meisterstück war und als eine Art selbstgewählter Entlassung vor der Geschichte darf es betrachtet werden, wenn das amtliche Organ der Regierung in einem Herrn von Meißel gewidmeten Nachruf ausdrücklich betont, der Minister sei an die Aenderung der Wahlrechts von 1868 nur schweren Herzens gegangen; es könne aber keinem Zweifel unterliegen, daß nach 1896 die Landtagswahlen der Sozialdemokratie, wenn auch vielleicht noch nicht gleich die Mehrheit, doch eine solche Stellung in der zweiten Kammer verschafft hätten, daß sie von da an jede Verfassungsänderung zum Schutze der bestehenden Rechtsordnung verhindern konnte. Damit würde eine Aera schwerer Kämpfe begonnen haben, die den Frieden und den Wohlstand des Landes erschüttern und vielleicht seine politische Selbständigkeit gefährden müßten. Der Augenblick habe das „Videant consules“ verlangt und es sei eine Tat selbstlosen Mannesmutts gewesen, daß der Minister im vollsten Einvernehmen mit der ersten und dem weitläufigsten Teile der zweiten Kammer die unpopuläre Wahlrechtsänderung von 1896 durchsetzte. Aber sobald sich erwies, daß die Wirkungen des neuen Wahlrechts über das Ziel hinausgingen und der großen Masse des Volkes eine Vertretung im Landtage mehr, als zur Erhaltung des Staates unbedingt nötig war, verhängt wurde, sei Herr von Meißel der erste gewesen, der eine Berichtigung dieses ungewollten Mißstandes in Angriff nahm. Unmittelbar nach Schluß des Landtages 1901/02 bereits gab er Auftrag, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten und schon im Frühjahr 1903 war der erste Entwurf der späteren Denkschrift fertig und hatte auch schon die Genehmigung des Königs Georg erlangt. Daß die Vorschläge der Denkschrift in der zweiten Kammer keine Zustimmung fanden, lag in der Schwierigkeit der Verhältnisse begründet. Werden da auch das von der Kammermehrheit nicht empfohlene, sondern nur zur Erwägung gestellte Pluralwahlrecht sich nach geistiger Prüfung nicht als ein gangbarer Weg erwies, ein anderer annehmbarer Vorschlag aber, der den Verfall der Kammer gefunden hätte oder auch nur als Wahlparole hätte dienen können, nicht gemacht wurde, so konnte der Wunsch des Ministers, die Wahlreform noch selbst zu bewerkstelligen, nicht erfüllt werden. Wenn das amtliche Organ sagt, daß dieser Wunsch des Herrn von Meißel ein „inniger“ gewesen sei, so wird man das gewiß gern glauben, denn der Minister mußte sich als aufrichtiger Freund des Vaterlandes und treuer Diener seines Königs sagen, daß der durch das Gesetz von 1896 geschaffene Zustand unhaltbar geworden ist und den innern Frieden gefährdet.

Einwanderung nach Elsaß-Lothringen.

⊗ Straßburg, 1. Mai.

Bei der Beratung der Denkschrift über die Reform der Armenengesetzgebung wurde in der damit befaßten Spezialkommission auch die Frage der Einwanderung aus Mitteleuropa nach Elsaß-Lothringen berührt. Man hob hierbei hervor, daß die Freizügigkeit für Elsaß-Lothringen immer noch eine ungünstigere Wirkung habe, als für die übrigen Bundesstaaten. Die Zahl der in den anderen deutschen Ländern lebenden Elsaß-Lothringer sei gering; dagegen könne die Einwanderung von Deutschen aus anderen Bundesstaaten nach hier noch nicht als normal betrachtet werden.

Dem dürfte entgegen zu halten sein, daß diese angeblich noch sehr starke Einwanderung aus Mitteleuropa immerhin in den letzten Jahren nicht mehr unverhältnismäßig zugenommen hat, wie dies deutlich aus der folgenden vergleichenden Zusammenstellung der in Elsaß-Lothringen ortsanwesenden Bevölkerung zu erkennen ist. Es betrug in Elsaß-Lothringen im Zählungsjahr 1900 — für 1905 liegen die Zahlen noch nicht endgültig vor — die Gesamtbevölkerung: 1 719 470 Personen, davon in Elsaß-Lothringen Geborene: 1 452 906, in anderen deutschen Staaten: 202 010, im Auslande: 64 554; — im Jahre 1895 die Gesamtbevölkerung: 1 640 986, davon in Elsaß-Lothringen Geborene: 1 402 133, in anderen deutschen Staaten: 190 343, im Auslande: 48 439; — im Jahre 1890 die Gesamtbevölkerung: 1 603 506, davon in Elsaß-Lothringen Geborene: 1 386 344, in anderen deutschen Staaten: 169 714, im Auslande: 47 388; — im Jahre 1880 die Gesamtbevölkerung: 1 566 670, davon in Elsaß-Lothringen Geborene: 1 391 933, in anderen deutschen Staaten: 123 538, im Auslande: 51 199. Die Zunahme der in anderen deutschen Staaten Geborenen, somit der Eingewanderten, beträgt also von 1880 bis 1890: 46 236, von 1890 bis 1895: 20 569 und von 1895 bis 1900: 11 667! Bezüglich der Einwanderung aus Mitteleuropa möchte daher bereits der Beharrungsstand eingetreten sein. Die große Zunahme der im Auslande Geborenen erklärt sich aus dem gesteigerten Zuzug ausländischer, namentlich italienischer Arbeiter in den Industriebezirken Lothringens.

Es möchte hier noch die Zahl des (in die obige Gesamtbevölkerung miteingerechneten) Militärs Platz finden. Militär gab es hier 1880: 38 963 Mann, 1890: 67 354, 1900: 78 858. Die Zunahme beläuft sich somit seit 1880

auf rund 40 000 Mann. Diese starke Bewegung mit Gar-nisonen bringt dem Lande jedenfalls große finanzielle Vorteile.

Ausstände.

(Telegramme.)

Der 1. Mai.

* Hamburg, 2. Mai. Der Verein Hamburger Reeder, die Vereinigung Hamburger Schiffsmaler und -agenten u. a. erließen eine Bekanntmachung, der zufolge wegen des Umstands, daß die überwiegende Mehrzahl der Schauerleute während der sozialdemokratischen Mafseier gestern nicht bei der Arbeit erschienen, die vorher angekündigte Aussperrung der feiernden Arbeiter bis 11. d. M. in Kraft tritt.

* Hamburg, 2. Mai. Die infolge ihrer Teilnahme an der gestrigen Mafseier auf die Dauer von 10 Tagen ausgesperrten Hafenarbeiter drohen mit Verhängung des Generalstreiks über den Hamburger Hafen. In der heutigen Versammlung des Vereins Hamburger Reeder, sowie der Vereinigung der Schiffsmaler, Schiffsmaschinen-porteure und Stauer wurde jedoch beschlossen, die gefasste Maßregel aufrecht zu erhalten und die an der Mafseier beteiligten Arbeiter vor dem 11. Mai nicht wieder in Dienst zu stellen.

* Rom, 2. Mai. Der gestrige Tag bot nichts außergewöhnliches in ganz Italien. Die Arbeiter verhielten sich bei ihren Feiern vollkommen ruhig. Nur in Bologna wurden nach einer Versammlung einige Straßenbahnwagen eingeworfen, weil das Personal der Straßenbahngesellschaft sich geweigert hatte, zu feiern.

* London, 2. Mai. Der 1. Mai verlief hier ruhig. Nachmittags bildete sich am Themse-Embankment ein Zug von sozialistischen Körperlichkeiten und Gewerkschaften mit Fahnen. Der Zug begab sich zum Hyde Park, wo sich etwa 8000 Menschen sammelten. Von zehn Wagen wurden Ansprachen in verschiedenen Sprachen gehalten. Dann wurden Resolutionen auf den Achtstundentag, die Altersversorgung, das allgemeine Stimmrecht und den Weltfrieden angenommen.

Straßenunordnungen in Paris.

* Paris, 2. Mai. Im Hinblick auf die zu erwartenden Demonstrationen anlässlich der „Mafseier“ wurde gestern der Ordnungsdienst mit aller Strenge gehandhabt. Ansammlungen wurden nicht geduldet. Alle Bahnhöfe des Stadtgebietes waren durch Infanterieabteilungen, Schupleute und Gendarmen besetzt. Auch in den öffentlichen Gebäuden waren Truppen stationiert. Im Laufe des Vormittags wurde eine Anzahl ausländischer Anarchisten verhaftet; sie sollen ausgewiesen werden. Auf der Place de la Republique wurden fortgesetzt Personen verhaftet, die sich weigerten, den Anordnungen der Polizei, betreffend Freihaltung der Passage, Folge zu leisten. Die Menge wurde hier immer zahlreicher, da auch in den benachbarten Straßen keine Ansammlungen geduldet wurden. Gegen 11 Uhr 20 Min. verjagten die streifenden Vuch-druder am Eingang der Arbeiterbörse sich zu einem Zug zu formieren, als Kundgebung für den Achtstundentag. Die Polizei griff aber sofort ein und es entstand ein heftiges Handgemenge, in dessen Verlauf mehrere Manifestanten zu Falle kamen und mit Füßen getreten wurden; zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Einer Gruppe von zweihundert Manifestanten gelang es, sich wieder zu sammeln und unter Abhingen der „Internationale“ bis zum Faubourg du Temple vorzudringen. Nachdem die Schupleute Verstärkung erhalten hatten, zogen sie ihre Revolver, worauf die Manifestanten sofort nach allen Richtungen auseinanderliefen. — Die Truppen, welche in der ganzen Stadt verteilt, jedoch meist in den Höfen der öffentlichen Gebäude untergebracht sind, hatten, abgesehen von den in der Nähe der Arbeiterbörse aufgestellten, bisher keine Veranlassung, irgendwo einzuschreiten. — Am Quai des Capucines und am Quai Valmy fanden abends noch Ansammlungen statt, die von der Polizei zerstreut wurden. Durch einen Schuß wurde ein Polizeibeamter verwundet. Später griffen an derselben Stelle Dragoner ein, um von den Demonstranten umringte Schupleute zu befreien. Zahlreiche Personen wurden verhaftet. — Die Ruhestörungen in der Umgebung der Arbeiterbörse dauerten abends 10 Uhr fort. Die „Place de la Republique“ war vollständig von Demonstranten gesäubert. Schupleute u. Truppen verjagten die in den Nebenstraßen angesammelten Ruhestörer, deren Zahl auf 20 000 Personen geschätzt wird, zu zerstreuen. Alle Anstrengungen der Demonstranten, nach dem großen Boulevard zu gelangen, waren vergeblich. Im Faubourg du Temple wurden abends einige Straßenbahnwagen umgestürzt, um Barrikaden zu errichten. Kavallerie trieb die Menge mit Säbelhieben auseinander. — Insgesamt 50 verwundete Ruhestörer wurden nach den Ambulanzen gebracht, ebenso eine Anzahl verletzter Soldaten und Schupleute.

Am Mitternacht waren die Ruhestörungen vorüber und die Truppen zurückgezogen. Dem Polizeibericht zufolge wurden im Laufe des Tages über 2000 Personen verhaftet. Davon wurden 665 in Genabram gehalten, die heute vor das Justizpolizeigericht gestellt werden. In den Kravallen nahmen nur wenige Arbeiter teil. Die Ruhestörer hielten zum Teil aus der Gasse des Vorstadtpöbels. — Sämtliche verhaftete Ausländer werden heute ausgewiesen. Man sieht dem heutigen Tage mit einiger Beforgnis entgegen, da mehrere große Arbeiterkundgebungen, so das 20 000 Mitglieder zählende Syndikat der Wagenbauer, für heute den Gesamt-Achtstundentag veranstalten wollen.

Aus London und Genf wird gemeldet, daß daselbst gestern überaus zahlreiche Pariser Familien eingetroffen seien, welche sich aus Angst vor den befürchteten 1. Maunruhen geflüchtet hatten. Viele haben ihre Bettstätten mitgebracht.

* Paris, 2. Mai. In der Provinz ist der 1. Mai im allgemeinen ruhig verlaufen. In Vrest kam es zu einem heftigen Handgemenge. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter diejenige des Beigeordneten Libert, der gegen die behördlichen Maßnahmen Einspruch erhob. Mehrere Personen erlitten leichte Verletzungen. — In Lyon erfolgten einige Straßenunordnungen, die aber vom Militär niedergeschlagen wurden.

* Paris, 2. Mai. Infolge der Entschlieung des Polizeipräsidenten wurden nur 150 Verhaftete in Genabram gehalten, darunter 66 Ausländer, zumeist Russen. Einige, fast durchweg durch Säbelschläge verursachte Verwundungen trugen nur 12 Mann davon. — Die Presse stellt einmütig fest, daß der gestrige Tag ohne wirklich ernste Zwischenfälle vorübergegangen ist. — Der Kriegsminister Etienne wird heute mit dem Präsidenten Fallières eine Besprechung über die Angelegenheit des Leutnants Tiffereand de Lange haben. Man glaubt, daß dieser Offizier in den Stand der Nichtaktivität mit halbem Solde versetzt werden soll.

Zur Lage in Ausland.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 2. Mai. Zum Chef des Generalstabs der Armee ist an Stelle des auf den neugeschaffenen Posten eines Gehilfen des Kriegsministers berufenen Generalmajors Poliwassow Generalleutnant Gwert ernannt worden, der Chef des Stabs der 1. Mandtschureiarmee war.

* St. Petersburg, 1. Mai. Einer hiesigen Zeitung ging heute ein von einem Mitgliede des Gerichtshofes der Revolutionären unterzeichneter Brief zu, in dem erklärt wird, Gapon sei als ein Verräter geädelt worden. Verschiedene Anzeichen legen die Vermutung nahe, daß der Vord in Finnland verübt worden ist.

* Moskau, 2. Mai. Im Kreise Atkarsk wurden mehrere Gasthöfe von Bauern niedergebrannt. Im Kreise Samara, wo die Unruhen besonders bedeutend waren, wurden eine Anzahl Güter niedergebrannt und ausgeplündert, die Besitzer dagegen von den aufrührerischen Bauern nicht angefaßt.

* Sefingsfors, 2. Mai. Während der letzten Nacht wurde versucht, die Eisenbahnbrücke zwischen Lomwa und Bessjarwi in die Luft zu sprengen. Die Täter entkamen.

Der türkische Grenzkonflikt mit Aegypten.

(Telegramme.)

* London, 1. Mai. Unterhaus. Ashley (konservativ) stellt die Anfrage, ob das von der türkischen Regierung auf der Sinaihalbinsel beanspruchte Gebiet sich nur auf Tabak und seine Umgebung beschränke, oder ob sich der Anspruch auf die ganze Halbinsel erstreckt. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Grey, erwiderte, daß die von der türkischen Regierung erhobenen Ansprüche weit über Tabak und dessen Nachbarschaft hinausgingen und es erforderlich erschienen ließen, eine gemeinsame Feststellung der ganzen Grenze in jener Gegend erfolgen zu lassen. Dies habe die britische Regierung auch von Anfang an gefordert, ebenso wie die Zurückziehung der türkischen Truppen während der betreffenden Arbeiten. Die Frage habe das abgelehnt, sei aber nunmehr nochmals dringend um ihre Zustimmung erludt worden. Auf eine Anfrage betreffend die gemeldete Entferrnung von Grenzzeichen in der Nähe von El Arisch erwiderte Grey, daß der britische Botschafter in Konstantinopel vom Großvezir die Mitteilung erhalten habe, daß eine Untersuchungskommission entsandt würde und daß, wenn sich die Beschädigungen der Grenzzeichen bewahrheiten sollten, die Kommission ihre Wiederherstellung veranlassen solle. Der britische Kreuzer „Minerva“ habe den Auftrag erhalten, sich nach El Arisch zu begeben, und zu berichten, was eigentlich vorgefallen sei. Der betreffende Bericht sei aber noch nicht eingegangen.

* London, 1. Mai. Oberhaus. Auf eine Anfrage erwidert Lord Fitzmaurice, daß die Verstärkung der englischen Besatzung in Aegypten aus einer Batterie britischer Artillerie, einem Kavallerieregiment, einem Bataillon und drei Kompanien Infanterie bestände und außerdem ein Bataillon Infanterie auf Malta in Bereitschaft gehalten würde.

* London, 2. Mai. Einem Telegramm aus Aldershot zufolge hat das 2. Suffolregiment Befehl erhalten, sich von Madras nach Aden zu begeben.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 2. Mai.

Heute vormittag 9 Uhr 5 Minuten reiste Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin nach Mannheim, um an der Einweihung des dortigen Windenheims teilzunehmen. Höchst dieselbe gedenkt heute abend nach 7 Uhr wieder hier einzutreffen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog erteilte von 11 Uhr an den nachgenannten Personen Audienz: dem Schloßhauptmann von Stabel, dem Major a. D. von Veist, dem Prorektor der Universität Professor Dr. Troeltsch in Heidelberg, dem Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Duffner, dem Landeskommissar Geheimen Oberregierungsrat Föhrenbad, dem Geheimrat III. Klasse Dr. von Sallwürf, dem Ministerialrat im Ministerium des Innern Freiherrn von Reck, dem Amtsverstand Geheimen Regierungsrat Freiherrn von Kraft-Ebing und dem Professor an der Technischen Hochschule Hofrat Dr. Rosenberg in Karlsruhe, den Professoren Dr. Meinede und Heibinger an der Universität Freiburg, Dr. Herbst an der Universität Heidelberg und Dr. Schwarzmann an der Technischen Hochschule.

Gegen Abend hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Präsidenten Dr. Nicolai und des Legationsrats Dr. Seyb.

** Vom 1. Mai d. J. an läuft zwischen Heidelberg (ab 8 Uhr 35 Min. nachmittags) — Paris (ab 8 Uhr 45 Min. vormittags) und Paris (ab 10 Uhr 20 Min. nachmittags) und Karlsruhe (an 10 Uhr 33 Min. vormittags) täglich ein Schlafwagen I. Klasse. Die neben dem Fahrpreis zu entrichtende Schlafwagentage beträgt Heidelberg — Paris 15 M. und Paris — Karlsruhe 15 M., Dos — Paris (oder umgekehrt) 13 M., Appenweier und Straßburg — Paris (oder umgekehrt) 12 M. Bei Vorausbestellung von Plätzen wird noch eine Vormerzgebühr erhoben.

— (Großherzogliches Hoftheater.) Gestern gastierte als „Gilda“ in Verdis „Nigolotto“ in Vertretung des erkrankten Fräulein Schenter unsere ehemalige Solotanzsängerin Fräulein Luise Angerer, welche gegenwärtig an das Stadttheater in Nürnberg verpflichtet ist. Welcher Beliebtheit sich die Künstlerin bei ihrer hiesigen Wirksamkeit erfreute, beweist der herzliche Empfang bei ihrem Erscheinen, die schönen Blumenpenden und die oftmaligen Hervorrufe, welchen sie nach jedem Aktluß Folge leisten mußte. Fräulein Angerers Stimme ist seit ihrem Weggang von hier entschieden kräftiger und ausgiebiger geworden, das zeigte sich in der großen Scene des zweiten Aktes mit „Nigolotto“ aufs Entschiedenste. Aber auch der Vortrag der Arie im ersten Akt gelang ganz ausgezeichnet und trug ihr wohlverdienten Beifall auf offener Scene ein. Außer Herrn Paulis Wiebergabe der Partie des „Cecog“, deren gesanglichen Teil der Künstler vortrefflich zur Gel-

tung brachte, blieb die Befehung dieselbe, wie bei der Auf- führung vergangener Woche.

(Der Matrat) ist in Karlsruhe, wie auch im ganzen Lande ruhig verlaufen. Hier zeigte das Strafenbild keinerlei Veränderung. Die Versammlung, die abends im großen Fest- halleaal stattfand, wozuzog sich ohne jeden Zwischenfall.

(Verein Volkshilfe.) Sonntag den 13. Mai, nachmit- tags 2 Uhr, findet für die nachstehenden drei Korporationen eine Theateraufführung: „Der Bibliothekar“ statt. Die Kar- tenausgabe erfolgt Freitag den 4. Mai, abends 8 Uhr, und zwar für die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins im „Gol- denen Adler“, für die Kranenaffen in der „Wolfschlucht“ und für die Eisenbahnarbeiter im „Auerhahn“.

(Der Verband der landwirtschaftl. Kreditgenossenschaften) hält am 12. Mai im kleinen Festhalleaal seine 22. General- versammlung ab.

(Die hiesige Vereinigung der Maler- und Tischlermeister) hatte auf gestern nachmittag eine Versammlung der Hand- werker und Gewerbetreibenden einberufen, zu der die Gelade- nen im Friedrichshofaal zahlreich erschienen waren. Maler- meister Lacroix berichtete über den Malerstreik. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt: 1. Die Malermeister halten an ihren früheren Beschlüssen fest und erklären, nur durch die Vor- standsschaft mit den Gehilfen über die streitigen Punkte verhandeln und deren Direktive befolgen zu wollen. 2. Die übrigen Bauhandwerker, sowie die auswärtigen Malermeister erklären sich mit den hiesigen solidarisch; erstere versprechen, alle Malerarbeiten bis zur Beseitigung der Differenzen zurückzu- stellen, letztere werden die Kollegen mit Rat und Tat unter- stützen und insbesondere keine streikenden Gehilfen einstellen.“

(Sitzung des Schwurgerichts vom 1. Mai.) Der zweite Sitzungstag des Schwurgerichts, den Landgerichtsrat Schmitt präsi- dierte, brachte zunächst die Verhandlung der Anklage gegen den 23 Jahre alten Fabrikarbeiter Philipp Schenker aus Bietheim wegen Sittlichkeitsverbrechens. Als Vertreter der Staatsanwaltschaft antrat in dieser Sache Staatsanwalt Dr. Fischer. Verteidigt wurde der Angeklagte durch Rechtsanwält V. Weil. Der Angeklagte war geständig. Schenkel wurde, nachdem die Geschworenen die Schuldfrage nach milderen Umständen bejaht hatten, unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft mit 7 Monaten Gefängnis bestraft.

In der Nachmittags-Sitzung beschäftigte das Schwurgericht eine Anklage wegen Kindes- tödtung. Die Angeklagte in diesem Falle war die 22 Jahre alte Dienstmagd Karoline Christine Horn aus Gochheim, zurzeit in der Weiberstraf- anstalt zu Bruchsal. Der Horn wurde zur Last gelegt, am 9. Januar in ihrer Zelle in der Weiberstrafanstalt Bruchsal ihr uneheliches, heimlich geborenes Kind gleich nach der Geburt getötet zu haben. Die Geschworenen sprachen die vielfach vor- bestrafte Angeklagte unter Veragung der milderen Umstände der Kindes- tödtung schuldig, worauf der Schwurgerichtshof gegen die Horn auf 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrver- lust erkannte. Die Anklagebehörde vertrat in diesem Falle Staatsanwalt Baumgartner. Verteidiger war Rechts- anwalt Goldschmidt.

(Aus dem Polizeibericht.) Am 28. v. M. wurde Ede Kreuzstraße und Firkel ein Fahrrad, Badenian mit der Po- lizeinummer 16364 Abh., gekohlen. — Wegen Unter- schlagung wurde ein 19 Jahre alter Arbeiter aus Dan- zig angezeigt, weil er am 28. v. M. mit 100 M., die er im Auftrag einer Nebenbediensteten für sie auf der Spar- kasse ein- legen sollte, flüchtig ging. — In der Nacht zum 30. April stieg ein Unbekannter in der Südstadt durch ein offenes Fen- ster und stahl Kleidungsstücke und Schmuck im Werte von 25 M. — Vom 28. bis 30. v. M. wurde in der Waldstraße ein Weinfeller aufgebrochen und daraus Wein und Cognac im Werte von 50 M. entwendet. — Am 30. April kam in der Tullastraße ein Nürnberger Luxusrad Triumph mit der Polizeinummer 1759 Abh. im Werte von 250 M. ab- handen. — In der Nacht zum 30. v. M. wollte eine Ar- beiterin in der Oststadt, im Bett liegend, ihr 4 Monate altes Kind stillen, schlief dabei ein und als sie nach 1½ Stunden wieder erwachte, war das Kind erstickt.

Mannheim, 2. Mai. Am gestrigen zweiten Reintage hatte sich zum Mannheimer Frühjahrsrennen ein außerordentlich zahlreiches Publikum eingefunden, auch die anlässlich einer Einladung des Stadtrats zurzeit hier weilenden Landtagsabgeordneten, 37 Herren, wohnten dem Rennen bei. Im Rennen um den „Großen Badenpreis“ (Ehren- preis, gegeben von Seiner Königlichen Hoheit dem Groß- herzog und 20 000 M.) siegte Herr von Malters brauner „Ballad“ „Proto“, geritten von Leutnant Wrede. Weiter war Herr von Malters „Sturm Ocean“, dritter Herr von Malters „Intermede“. Im zweiten (Werder-) Rennen führte Herzog Wilhelm Ludwig in Bayern. Wie heute aus München telegraphisch berichtet wird, hat sich der Herzog da- bei eine ganz leichte Gehirnerschütterung und einige unbedeu- nende Verletzungen zugezogen. Er reist bereits schon heute nach- mittag nach seiner Garnison Dieuze ab.

oc. Heidelberg, 1. Mai. Bei der ersten Immatricula- tion wurden eingeschrieben: bei der theologischen Fakultät 12, der juristischen 134, der medizinischen 79, der philosophi- schen 89, der naturwissenschaftlich-mathematischen 49, zusam- men 363, darunter 12 Frauen. Vorgesert sind 18.

X Baden, 1. Mai. Die Generalin Marie Scobeleff, geborene Prinzessin Gagarine, die Witwe des berühmten rus- sischen Generals Michael Dimitriewitsch Scobeleff, die seit langen Jahren hier in Baden-Baden ihren ständigen Wohn- sitz hatte, ist gestern abend an den Folgen eines Schlagflusses plötzlich gestorben.

X Baden, 1. Mai. In dem neuen Salon des Konversations- hauses veranstaltete heute abend der Baritonist Herr Otto Sasse aus Wiesbaden einen Lieder- und Balladenabend, dessen Besuch ein sehr reger war. Der Konzertgeber brachte Kompo- sitionen von Friedemann, Bach, Schubert, Schumann, Brahms, Schilling, Henckell, Grieg, Liszt, Carl Beines u. a. mit prächtigem Stimmittel zu Gehör und wurde nach jeder Num- mer durch lebhaften Beifall und durch verschiedene Hervorrufe ge- kehrt. Die Klavierbegleitung hatte unser einheimischer Komponist, Herr Musikdirektor Carl Beines, (von dem der Sänger drei stimmungsvolle Lieder mit schönem Erfolg vor- trug) übernommen.

Freiburg, 30. April. Die Sitzung des Bürgeraus- schusses vom heutigen Vormittag war von großer, insbeson- dere finanzieller Bedeutung für unsere städtischen Verhältnisse. Es handelte sich um die vom Stadtrat beantragte Abände- rung der Dienst- und Gehaltsordnung für die städtischen Beamten, sowie des Ortsstatuts über die Verhältnisse des gesamten Volksschulwesens und die Neuorganisation der Rechtsverhältnisse der Stadtar- beiter und deren Entlohnung. Was zunächst die Beamten betrifft, so haben frühere Abänderungsbeschlüsse ihrer Gehälter und Dienstordnung eine neue Verbesserung infolge der veränderten Zeitverhältnisse nötig gemacht. Die sozialen, wirtschaftlichen und Organisationsverhältnisse einer rasch an- wachsenden Stadt machen von Zeit zu Zeit eine Abänderung der bestehenden Bestimmungen notwendig. Wie schon erwähnt, wird die Gesamtwirkung der Vorlage in finanzieller Be-

ziehung eine sehr bedeutende sein und das Budget entsprechend belasten. Das Opfer muß aber gebracht werden, wenn in der Beamtenenschaft gesunde Zustände sich erhalten sollen. Die Dienstordnung erhält nur einige Einzelverbesserungen, aus- welchen hervorgehoben sei, daß, während nach der alten Ord- nung fast alle Beamten zur Anfechtung vom Anfangsgehalt bis zum Höchstgehalt 20 Jahre brauchen sollten, jetzt hierin eine Änderung dahin getroffen ist, daß den Beamten die Aussicht auf Erreichung des Höchstgehalts in einer geringeren Anzahl von Jahren, und zwar herunter bis zu 14 Jahren, ermöglicht ist. Alterszulagen werden nicht eingeführt, aber dem Stadtrat wird die Möglichkeit gegeben, einem Beamten, welcher durch 35 Jahre hervorragende Dienste geleistet hat, nicht nur durch Beförderung, sondern auch durch Erhöhung im Rang eine Aus- zeichnung verleihen zu können. Die Bezahlungsverhältnisse der städtischen Lehrerschaft werden sich gleichfalls wesent- lich günstiger gestalten. Der Hauptlehrergehalt wird auf 2400 Mark bis 4200 M. mit zweijährigen Zulagestufen von je 180 Mark normiert werden. Eine Hauptlehrerin konnte bisher auf die Summe von 2250 M. ansetzen, während die jetzige Vor- lage diese Summe auf 2600 M. erhöht. Die Unterlehrer- und Lehrinnen erhalten statt der Gehaltsätze 1260 bis 1460 M. solche von 1860 bis 1560 M. Auch die Handarbeitslehrerinnen werden eine außerordentliche Zulage (100 M.) erhalten. Die Lehrerinnen an der höheren Mädchenschule werden erhöhte Gehaltsbezüge erhalten, und zwar 2200 bis 3300 M., ebenso prozentuale Zuschüsse zu ihren gesetzlich geregelten Pensions- ansprüchen. Auch das nichtetatmäßige Lehrpersonal ist bei der Aufbesserung nicht vergessen worden. Schließlich erhalten auch die Rechtsverhältnisse der Stadtarbeiter und ihre Entlohnung eine Verbesserung. Derselben sind in sieben Lohn- klassen eingeteilt und erhalten nach denselben entsprechend höhere Tagelöhne. Zur Dienstentlassung eines Arbeiters, der fünf Jahre gedient hat, soll die nachträgliche Genehmigung er- forderlich sein. — Die Vorlage des Stadtrats fand trotz ver- schiedener Ausstellungen im einzelnen die günstigste Aufnahme und nach einer sehr umfangreichen Diskussion ein stimmige Annahme.

Kleine Nachrichten aus Baden. In Heidelberg haben die ausständigen Maler und Tischler die Arbeit wieder auf- genommen, da ihre Forderungen — 9/10tägige Arbeits- zeit und ein Minimalstundenlohn von 45 Pf. — von den Meistern betwilligt wurden. — Gestern begaben sich zahlreiche Abgeordnete, besonders die Vertreter ländlicher Bezirke, einer Einladung des Stadtrats folgend, nach Mannheim, zur Besich- tigung des dortigen Viehmarktes. — Der Männergesangsverein „Nihil“ bezieht in den Tagen vom 28. bis 30. Juli die Feier seines 50jährigen Bestehens. — Der Verband mittelbadischer Jugendgenossenschaften macht bekannt, daß der dies- jährige Zentraljugendtag am 8. und 9. Mai in Offenburg stattfinden wird. — Auf der Wehrstraße bei Ludmose geriet der 34 Jahre alte Smedt des Sägebetriebers Albert Zumbler, Jo- sef Kraut aus Girsbach, unter das schwer beladene Fuhrwerk. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod nach wenigen Stunden eintrat. — In Weisbühl ging der Gasthof zum „Neinischen Hof“ um den Preis von 72 000 M. an Herrn Fridolin Hilpert, früher Gastwirt in Tiefenfeld und Hohenfels, über. — Wie der „Albthor“ berichtet, soll sich nach einem an die Familie Gehler hier gelangten Briefe ein Freund des am 1. Februar 1904 in Basel erstickten Färbermeisters Kaspar Herrmann von Waldshut als dessen Mörder bezeichnet haben. Die Tat soll aus Eifersucht erfolgt sein. Der betreffende Freund soll sich in Amerika aufhalten. — Die schon über 50 Jahre bestehende Spartasse Trüberg wurde in eine Bezirks- spartasse umgewandelt. — In Furtwangen und Waldkirch ist eine Bewegung für eine Automobilverbindung zwi- schen beiden Städten im Gange. — In Waldkirch und Radolf- zell streifen die Zimmerleute. — In Wittensdwaund brannte das Anwesen des Briefträgers Schlegel nieder.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Potsdam, 2. Mai. Seine Majestät der Kaiser traf gestern hier ein.

* Döberitz, 2. Mai. Seine Majestät der Kaiser traf mit dem Kronprinzen heute früh kurz nach 7 Uhr im Automobil hier ein und begab sich von hier aus zu Pferde nach dem Exerzierplatz, wo die Besichtigung des 1. Garderegiments und des Lehrinfanteriebatail- lens stattfand. Im Anschlusse hieran folgte großes Exer- zieren im Felde, zu dem auch Potsdamer und Span- dauer Truppen herangezogen wurden. Darauf begab sich der Kaiser im Automobil nach Potsdam zurück.

* Budapest, 2. Mai. Bis gestern abend waren 324 Wahl- ergebnisse bekannt. Davon entfallen auf die Unabhängig- keitspartei 198, Verfassungspartei 58, Volkspartei 1, Sozial- listen 1, Sachjen 5, Serben 4, Rumänen 11, Slowaken 6, De- mokraten 2, Parteiloze 5. 10 Stichwahlen sind erforderlich. Für zwei vereitelte Wahlen sind Neuwahlen ausgeschrieben.

* Paris, 2. Mai. Seine Majestät König Eduard ist heute hier eingetroffen.

* London, 2. Mai. Der Legationssekretär bei der englischen Gesandtschaft in Buenos-Aires, Garford, ist zum Ge- schäftsträger in Darmstadt ernannt worden.

* London, 1. Mai. Unterhaus. Saveloff Wilson (Arbeiter- partei) stellt die Anfrage, ob der Staatssekretär des Handels- amts Kenntnis davon habe, daß in Hamburg und Bre- men ein Ausstand von Seeleuten und Seizern bestehe, und daß die deutschen Meeres- und Seeflotte anzu- werben, sich der Hilfe von Personen in England bedienten, die dazu keine Konzeption besäßen. Der Staatssekretär des Han- delsamts, Lloyd George, erwidert darauf, daß er von dem Ausstande Kenntnis habe und Nachforschungen darüber habe anstellen lassen, unter welchen Umständen Seeleute zum Ersatz von Streikenden auf deutschen Schiffen angeworben würden. Im Verlaufe der Budgetberatung spielt Chamberlain auf die günstigen Aussichten Aquitts auf die Zukunft an und sagt, daß auch der tüchtige Schatzkanzler, selbst wenn er Schatzkanzler eines radikalen Kabinetts sei, doch nicht ganz sicher darauf rech- nen könnte, nicht in einen Krieg verwickelt zu werden. Wenn es früher irgendwo in der Welt Unruhen gegeben habe, so seien, so lange die Unionisten am Ruder gewesen seien, die bösen Unionisten daran Schuld gewesen. Als Lansdowne aus dem Anke schied, sei kein Wälchen am Himmel gewesen, und jetzt, 4 Monate später, habe man Schwierigkeiten in Ägypten, über deren Ausgang niemand etwas vorher sagen könne. In seiner Erwiderung meint Aquitt: Wenn Chamberlain davon gesprochen habe, daß bei dem Abgange Lansdownes kein Wälchen am Himmel gewesen sei, so habe er doch wohl die recht erhebliche Marokkoshwierigkeit vergessen, die die Konferenz von Algieras 3 Monate lang beschäftigt habe. Nach weiteren Ausführungen des Schatzkanzlers wird die erste Lesung des Etats einstimmig angenommen.

* Christiania, 1. Mai. Seine Majestät der König empfing heute mittag den deutschen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Sübel.

* Stockholm, 2. Mai. Dem Reichstage ging heute ein Regierungsvorschlag zu, betreffend Schwedens Vertre- tung im Auslande, welcher sich in machen Teilen vom Vorschlag der Sonderkommission unterscheidet. Nach dem Regierungsvorschlag sollen sich Gesandte in Petersburg und London befinden. Dagegen soll in Berlin, Brüssel, Kopen- hagen, Paris, Rom, Christiania, Madrid, Konstantinopel, Wien, Washington und Tokio Schweden durch eine Person vertreten sein, welche die Stellung als Gesandter und Ge- neralkonsul vereinigt. In Paris und Berlin soll derselben ein Konsulatsrat beigegeben werden.

* Belgrad, 2. Mai. Heute wird die Skupjastina aufgelöst werden. Die neue Skupjastina tritt am 8. Juli zusammen.

* London, 2. Mai. Der „Times“ wird aus Peking gemeldet, China widersehe sich der Öffnung der mandchuri- schen Häfen zur gegenwärtigen Zeit, da die Verhältnisse nach dem Kriege noch nicht völlig geregelt seien.

* Lissabon, 2. Mai. Nach der gestern beendeten Stim- menzählung wurden 113 Ministerielle und 40 An- hänger der Opposition, darunter ein Republi- kaner, gewählt.

Verschiedenes.

* Potsdam, 2. Mai. Der zum Tode verurteilte Raubmör- der Hennig hat Berufung eingelegt.

* Stettin, 1. Mai. Gestern ist das Kurhaus des Ostseebades Binz auf der Insel Rügen vollständig niedergebrannt. Man vermutet Brandstiftung.

* Bensberg, 2. Mai. Heute vormittag 10 Uhr fand unter Beteiligung der Verwandten des verstorbenen Ministers von Bude, des Direktoriums und der Angestellten der Firma Krupp, sowie den Spitzen der Behörden die feierliche Be- setzung des Verstorbenen auf dem hiesigen Friedhofe statt.

* München, 2. Mai. Der D-Zug München-Berlin ist gestern abend bei der Durchfahrt durch Regenstau infolge Nichtfun- tionierens der Weiche auf einen Güterzug aufgefahren. Von letzterem wurden 10 Wagen zertrümmert. Von dem D-Zug wurden der Padvagen und 2 durchgehende Wagen beschädigt. Der Zugführer des D-Zuges, ein Postbeamter und ein Schlaf- wagenführer wurden leicht verletzt. Von den Reisenden hat niemand Beschädigungen erlitten.

* London, 2. Mai. Gestern hat vier Seemeilen von Beachy Head ein Zusammenstoß des Dampfers „Blane- field“ von London mit dem Segelschiff „Kate Thomas“ stattgefunden, bei dem der Dampfer mittschiffs so unglücklich getroffen wurde, daß er in vier Minuten sank. Der Kapitän und zwölf Mann von der Besatzung, von denen inzwischen ein Mann gestorben ist, sind in Newhaven gelandet. Elf andere wurden von einem Fischerboot aufgenommen. Man befürchtet, daß die fehlenden fünf Mann ertrunken sind.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 4. Mai. Abt. B. 62. Ab.-Vorst. „Cavalleria rusticana“ (Sizilianische Bauernlehre), Melodrama in 1 Akt nach dem gleichnamigen Volksstück des G. Verga von Targioni- Tozzetti und G. Menasci, Musik von R. Mascagni. — „Sylvia, oder die Nymphe der Diana“, Ballet in 3 Akten von Jules Barbier und M. Léant, Musik von Leo Delibes. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Samstag, 5. Mai. Abt. A. 64. Ab.-Vorst. Zum erstenmal: „Die Mitschuldigen“, Lustspiel in Versen und drei Aufzügen von Goethe. — Neu einstudiert: „Der zerbrochene Krug“, Lust- spiel in 1 Akt von Heinrich von Kleist. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Sonntag, 6. Mai. Abt. C. 62. Ab.-Vorst. „Der fliegende Holländer“, romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Montag, 7. Mai. Abt. B. 64. Ab.-Vorst. „Der Graf von Charolais“, Trauerspiel in 5 Akten von Rich. Beer-Hofmann. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Vorläufige Ankündigung.

Zweimaliges Gastspiel von Sigrig Arnoldsou:

Freitag, 11. Mai. 21. Vorst. außer Ab. „Mignon“. Montag, 14. Mai. 23. Vorst. außer Ab. „Carmen“. Vorverkauf an Abonnement am Samstag, 5. Mai, nachm. 3—5 Uhr; Reihenfolge A, B, C. Allgemeiner Vorverkauf von Montag den 7. Mai an.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 2. Mai 1906.

Die Luftdruckverteilung ist immer noch eine sehr ungleich- mäßige. Das barometrische Maximum über Nordosteuropa besteht fort, jenes über dem Südwesten hat einen zungenför- migen Ausläufer bis Südwestdeutschland, wo es teilweise auf- gelockert hat, herein entsandt. Hohe Minima, die über der Kieler Bucht und über Ungarn liegen, verursachen sonst trüb- und regnerisches Wetter. Die Temperaturen sind im Osten und Südosten Europas erheblich gestiegen. Westlich von Ire- land ist eine Depression erschienen. Weniger bewölkt und etwas wärmeres Wetter ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 2. Mai 1906, früh.

Lugano wolkenlos 6 Grad; Biarritz bedeckt 12 Grad; Nizza wolkenlos 11 Grad; Triest bedeckt 10 Grad; Florenz bedeckt 10 Grad; Rom wolfig 10 Grad; Cagliari wolkenlos 12 Grad; Brindisi wolkenlos 14 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Zeit	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in mm	Windgeschw. in m/sec	Wind	Himmel
1. Nachts 9 ⁰⁰ U.	746.3	6.3	5.7	79	W	bedeckt
2. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	749.5	5.9	5.5	79	„	„
2. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	750.6	11.9	3.8	36	„	„

Höchste Temperatur am 1. Mai: 11.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 4.8.

Niederschlagsmenge des 1. Mai: 0.6 mm.

Wasserstand des Rheins am 2. Mai, früh: Schiffer- stein 2.07 m, gefallen 8 cm; Rehl 2.85 m, gefallen 1 cm; Wagan 4.00 m, gestiegen 1 cm; Mannheim 3.47 m, gefallen 2 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Deutsche Militärdienst- und Lebens-Versicherungs-Anstalt
a. G. in Hannover.
Errichtet im Jahre 1878.

Militärdienst-Versicherung. * Lebens-Versicherung.
Gesamtversicherungsbestand: 300 Millionen Mk. Versicherungssumme.
Gesamtvermögensbestand: 130 Millionen Mark.
Gesamtauszahlungen: 70 Millionen Mark.
Im Jahre 1905 wurden 21 Millionen Mark Versicherungssumme beantragt.

Die Deutsche Militärdienst- und Lebensversicherungs-Anstalt a. G. in Hannover übernimmt unter äusserst günstigen Bedingungen die Versicherung von Kapitalien auf den Fall der Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht im Deutschen Reiche — Militärdienst-Versicherungen — und für den Fall der Erreichung eines bestimmten Lebensalters oder des vorherigen Ablebens mit Einschluss der Kriegsgefahr — Lebens-Versicherungen. Auch bietet sie vorzügliche Gelegenheit zur Beschaffung von Kapitalien für Töchteraussteuer-, Studienzwecke etc. Alle Ueberschüsse fallen den Versicherten zu. **£.615**

Hornberg Schwarzwaldbahn.
Hotel und Pension zum „Bären“.
4 Min. vom Hochw. Grosser Neubau, Veranden. Modernes Café.
3.987 Wein- u. Bier-Restaurant. Pension. Illustr. Prospekte. 6.1

Ed. Printz.
Altiengeellschaft

Färberei
und chemische

Waschanstalt

65 Kaiserstraße 65 • 193 Kaiserstraße 193
245 Kaiserstraße 245
10 Erbprinzenstraße 10 • 8 Schützenstraße 8
65 Ettlingerstraße 65 • 63 Telephon 63
empfiehlt für die

Frühjahrs- und Sommerfason
ihre Anstalt für alle vorkommenden Arbeiten unter Zusicherung prompter Bedienung und tadelloser Ausführung bei mässigen Preisen.
50 eigene Läden. **500** Angestellte.
8'549.12.3 Begr. 1846.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Die **Badische Landwirtschaft**

am **Anfang des XX. Jahrhunderts**

von **Dr. Moriz Secht**

Regierungsrat beim Großh. Bad. Statist. Landesamt.

Mit 6 Tafeln und 12 Karten.
Von der rechts- und staatswissenschaftl. Fakultät der Universität Freiburg mit dem Preis der Dr. Rudolf Schiebler-Stiftung ausgezeichnet.
Preis 7 Mark.

(Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen VII. Band 1. Ergänzungsband.)

Die heftige Arbeit ist eines der wenigen Bücher, die aus der Fülle der zoll- und agrarpolitischen Literatur der letzten Jahre gerettet zu werden verdient. Die Preussische Jahrbücher. ein vortrefflicher Führer, an dessen Hand auch der den dauerlichen Dingen Fernstehende sich einen Einblick in die Verhältnisse und Leistungen einer modernen Bauernlandwirtschaft verschaffen kann.
Sozialistische Monatshefte.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Alpirsbach Sanatorium Dr. Würz
bei Freudenstadt (Schwarzwald)
für Nerven — innere Krankheiten
Erholungsbedürftige. Prosp. Das ganze Jahr offen.

Kollnauer Baumwollspinnerei und Weberei
in Kollnau Baden.

Bilanz pro 31. Dezember 1905.

Bestgestellt nach den Beschlüssen der Generalversammlung vom 28. April 1906. 3.986

Aktiva.		Passiva.	
M.	3.	M.	3.
Gründeranlage abzüglich Amortisation	831 182 23	Aktienkapital	1 400 000 —
Kassa, Wechsel und Bauschäfte	14 617 70	Reserven	470 000 —
Effekten für die Sparkasse u. Reservefonds	588 994 60	Dispositions-Konto	137 992 30
Effekten für die Stiftungen	10 333 35	Pensionsfonds einschließlich Zinsen	124 633 34
Borausbezahlte Versicherungen	23 089 37	Dienstatr.-Prämien und Dotationen	24 025 58
Borrate	569 037 31	Arbeiter-Sparfasse	128 051 —
Diverse Debitoren	733 795 74	Stiftungen für Krippe und Schule	10 600 —
		Diverse Kreditoren	180 748 08
		Jahresgewinn	M 364 478 93
		Zuwendungen	M 119 478 93
			M 245 000.—
		Dividende pro 1905	210 000 —
		Gewinn- und Verlust-Konto	210 000 —
		Vortrag auf 1906	M 35 000.—
			35 000 —
	2 721 050 30		2 721 050 30

Drogerie
CARL ROTH
Grossh. Hoflieferant
Herrenstr. 26 • Karlsruhe
Telephon 180
Grösstes Geschäft
der
Drogen-, Kolonial-, Material- und Farbwaren-Branche
am Platze 40.26
Sämtliche Bedarfs-Artikel für alle Gewerbe
Gute und billige Einkaufsquelle für Lebensmittel
Preislisten stehen gerne zu Diensten
Prompter Versand nach auswärts.

Ia. Rimbungerkäse per Pfd. 40-45 Pf.
a. Emmentalerkäse p. „ 95-100 Pf.
Ia. Tilsiterkäse, pilant, p. Pfd. 60 Pf.
hergestellt aus der vorzügl. Allgäuermilch, vers. von 9 Pfd. an unt. Nachj.
Ludwig Heib, Leutkirch,
Allgäu, Tal. 4. 3 989.6.4

Grosse Gewinnaussichten!
Nächste Ziehung!
Nur 1 Mark das Los
der sehr günstigen Badener **Geld**
Lotterie zu Gunsten des Hamilton Palais
Ziehung bereits 5. Mai
3288 Bargewinne ohne Abzug **M.**
45,800
1. Hauptgew. **M. 20000**
2. Hauptgew. **M. 5000**
2 à 1000 = 2000
4 à 500 = 2000
3280 zus. M. 16800
Los 1 M. 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 30 Pfg.
J. Stürmer, General-Agent
Strassburg i. E.
In Karlsruhe: **Carl Götz,**
Hebelstr. 11/15.

Bürgerliche Rechtsfreite.
Öffentliche Zustellung einer Klage.
A.16.1 Nr. 7134. Heidelberg.
Der Privatmann Georg Geiser zu Heidelberg — Prozeßbevollmächtigte: die Rechtsanwältin Dr. Helm und Dr. Woufang beselbst — klagt gegen den Kaufmann Julius Zimmerman früher zu Heidelberg, jetzt unbekannt Aufenthalts, unter der Behauptung, daß ihm Beklagter laut Vertrag vom 8. August 1902 aus Miete für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1906 500 M., aus Ersatz von Herstellungskosten 13 M. 65 Pf. schulde, mit dem Antrage: 1. auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 563 M. 65 Pf. nebst 4% Zinsen seit 1. Juli 1905 aus 550 M. 77 sowie 2. das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären.
Der Kläger ladet den Beklagten zum mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor die 1. Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Heidelberg auf **Mittwoch den 4. Juli 1906, vormittags 9 Uhr,** mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Heidelberg, den 1. Mai 1906.
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts: **Schneider,**
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts: **Lohrer.**

Stellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Heidelberg, den 1. Mai 1906.
Schneider,
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.
Schlusstermin
A.35. Nr. 19 332. Pforzheim.
Im Konkursverfahren über das Vermögen des Spezialehändlers Friedrich Kieß in Pforzheim ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußergebnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlußtermin bestimmt auf:
Samstag den 26. Mai 1906, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht hierelbst, III. Stadt, Zimmer Nr. 25.
Die Gebühren und Auslagen des Konkursverwalters wurden auf 50 Mark festgesetzt.
Pforzheim, den 28. April 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Lohrer.**

Hilfsarztstelle.
In der **Großh. Bad. Heil- und Pflegeanstalt Illenau** ist die Stelle eines Hilfsarztes alsbald zu besetzen. Der Anfangsgehalt beträgt neben völlig freier Station 1800 Mk. bar. Regelmäßige Gehaltszulagen. Spezialärztliche Vorbildung erwünscht, jedoch nicht unbedingt erforderlich. Bewerbungen nebst Zeugnissen und Curriculum vitae wollen alsbald an die Direktion eingereicht werden.
Illenau, den 28. April 1906.
Großh. Direktion A.7.2.1.
der Heil- und Pflegeanstalt.

Wasserwerk Eppelheim.
Die Gemeinde Eppelheim bei Heidelberg vergibt im öffentlichen Angebotsverfahren die zur Herstellung des Leitungsweges erforderlichen Arbeiten und zwar: Das Leiten und Wieder-eindecken von rund 6800 m Rohrgraben, sowie das Verlegen von ebensoviel Meter Gussrohrleitungen von 40-200 mm Durchmesser nebst Zugehör.
A.18.2.1.
Angebote hierauf wollen bis **Montag den 14. Mai d. J., nachmittags 3 Uhr,** auf dem Rathaus in Eppelheim eingereicht werden.
Pläne und Bedingungen liegen bei unterzeichneter Stelle, von welcher auch Angebotsformulare bezogen werden können, zur Einsicht auf.
Heidelberg, den 1. Mai 1906.
Großh. Kultur-Inspektion.

Holzversteigerung.
Großh. Forstamt Mittelberg (Ettlingen) verleiht unter den üblichen Bedingungen
Montag den 7. Mai 1906, vormittags 10 Uhr, im Rathaus in Langen-als aus dem Distrikt **Tannwald:** 16 Bau- und Wagnereichen, 49 Nadelholzbaupflanzen, 560 Ster Buchenes und 627 Ster tannenes Scheit- und Knochholz. Aus dem Distrikt **Maisenbach:** 10 (Wagner-)Eichen, 10 eigene Wagnereichen, 37 Nadelholzstämme, 18 Ster Buchenes, 10 Ster eichenes, 130 Ster Nadelholzschichtholz, 42 Ster gemischtes und fortenes Prügelholz.
Domänenwaldtüter Knoll in Pfaffenroth und Forstwart Fluderer in Schiltberg geben auf Verlangen nähere Auskunft.
A.19.2.1

Vergabe von Bauarbeiten.
Die Erd- und Maurer-, die Steinbauer-, Zimmer-, Klempner- u. Schlosserarbeiten zur Erstellung eines Depotgebäudes für den Bahnmeister, im Gebiete des neuen Güterbahnhofes, im Anschlag von rund 6300 M. sind zu vergeben.
3.937.2
Pläne und Bedingungen liegen auf unserem Hochbauamt, Zimmer Nr. 32, (Verwaltungsgebäude im Güterbahnhof, linker Flügel, II. Stock) zur Einsicht auf, woselbst auch Angebotsvordrucke abgegeben werden.
Die Angebote selbst sind bei uns (Deutsches Hof Nr. 3, III. Stock) verschlossen und postgeliefert, bis zu dem Dienstag den 8. Mai d. J., vormittags 11 Uhr, stattfindenden Eröffnungsverhandlung einzureichen.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Freiburg i. Br., den 26. April 1906.
Großh. Eisenbahninspektion.

Tirol-Vorarlberg-Süd-deutscher Güterverkehr.
Mit Wirkung vom 1. Juni 1906 wird die Station Lauterbach der k. k. österreichischen Staatsbahnen mit den für Bregenz vorgezeichneten Frachttarifen in den Ausnahmestufen Nr. 10 für Zement der Stufe 1 und 2 einbezogen.
Karlsruhe, den 28. April 1906.
Namens der beteiligten Verwaltungen: **A.13** Großh. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Südwestdeutscher Eisenbahnverband.
A.39. Mit Gültigkeit vom 1. Mai 1906 wird in Tarifbest 7 (Berkehr Baden-Saarbrücken) des Verbandsgütertarifs im Ausnahmestufen (Eisen-erze) für den Versand von Hirschhorn nach Bülkingen ein Frachttarif von 40 Pf. für 100 kg eingeführt.
Die übrigen im besondern ausgegebenen „Ausnahmestufen für Eisen-erze“ zum zollländischen Hochofen- und Bleihüttenbetrieb nach den Bleihütten- und Hochofenstationen der Eisenbahnen in Elß-Lothringen des Direktionsbezirks St. Johann-Saarbrücken usw. vom 1. Juni 1901 für den Versand von Hausach, Hirschhorn, Kork und Rheinau nach Lothringischen und Saarbrücker Stationen enthaltenen Ausnahmestufen treten zum 20. Juni d. J. ohne Erfolg außer Kraft.
Karlsruhe, den 30. April 1906.
Namens der beteiligten Verwaltungen **Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.**

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
A.38. Mit dem Ablauf des 4. Juni 1906 wird der Wagbeuriger Bahnhof in Leipzig für den gesamten Freilade- und Fahrzeugverkehr geschlossen. Die genannten Verkehre werden nach dem neuen Freiladebahnhof des Thüringer Bahnhofes in Leipzig verweisen. Für die auf diesem Bahnhofe demnach zur Ver- oder Entladung kommenden Güter werden von dem genannten Tage ab bis auf weiteres die jeweils niedrigeren Entfernungen und Frachttarife des Thüringer oder des Wagbeuriger Bahnhofes in Leipzig angewendet werden.
Karlsruhe, den 1. Mai 1906.
Großh. Generaldirektion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
A.37. Der gemäß unserer Bekanntmachung vom 26. Oktober 1905 im mittel-südwestdeutschen Verbandsgütertarif aufgenommene Ausnahmestufen für Getreide usw. als Saatgut erhält mit Gültigkeit vom 1. Mai 1906 erweiterte Anwendungsbedingungen. Nähere Auskunft erteilen die Abfertigungsstellen.
Karlsruhe, den 1. Mai 1906.
Großh. Generaldirektion.